



## Niederschrift Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 28.08.2012
<b>Sitzungsbeginn:</b>	19:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	22:47 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Bürgersaal des Stadthauses
<b>Sitzungsnummer</b>	STV/017/12

---

- 1 Bericht des Magistrats
- 2 Bericht des Stadtverordnetenvorstehers
- 3 Kenntnisnahme von über- und außerplanmäßigen Auszahlungen gemäß § 114g HGO aus dem Haushaltsjahr 2011  
Vorlage: 0148/S/12
- 4 Bauleitplanung der Schöfferstadt Gernsheim;  
Aufstellung eines Bebauungsplans mit der Bezeichnung "Bleichstraße"  
(Teilbereich)  
Vorlage: 0177/S/12
- 5 Kenntnisnahme des 2. Finanzberichts 2011 gemäß § 28 Abs. 1 GemHVO -  
Doppik-  
Vorlage: 0181/S/12
- 6 Erweiterung / Änderung des Abfuhrhythmus im Bereich der Abfallbeseitigung  
zum 01.01.2013  
Vorlage: 0189/S/12
- 7 Planung einer weiteren mehrzügigen Kinderkrippe  
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 04.05.2012  
Vorlage: 0108/S/12
- 8 CO<sub>2</sub>-Neutral bis 2030: Gernsheim wird klimafreundliche Kommune;  
hier: Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion sowie der Fraktion Bündnis 90/Die  
Grünen vom 09.05.2012 sowie Änderungsantrag der Fraktion GuD vom  
09.05.2012  
Vorlage: 0116/S/12
- 9 Kein Giftmüll aus Indien nach Biebesheim  
hier: Resolutionsantrag der Fraktion GuD vom 01.08.2012  
Vorlage: 0188/S/12
- 10 Gründung einer Kreisgesellschaft zum flächendeckenden Breitbandausbau  
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 26.07.2012  
Vorlage: 0191/S/12
- 11 Graffiti-Kunst in Bahnunterführungen durch Gernsheimer Jugendliche

- hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 26.07.2012  
Vorlage: 0192/S/12
- 12 Sitzungprotokolle und Homepage;  
hier: Antrag der Fraktion GuD vom 02.08.2012  
Vorlage: 0193/S/12
- 13 S-Bahn und barrierefreier Bahnhof;  
hier: Resolutions-Antrag der Fraktion GuD vom 02.08.2012  
Vorlage: 0194/S/12
- 14 Versand der Standard-Sitzungsunterlagen per E-Mail alternativ zur  
Botenzustellung  
hier: Antrag der Fraktion GuD vom 02.08.2012  
Vorlage: 0195/S/12
- 15 Regelmäßige schriftliche Sachstandsberichte  
hier: Gemeinsamer Antrag der SPD-, FWG- und FDP-Fraktion vom 16.08.2012  
Vorlage: 0202/S/12
- 16 Photovoltaik an Autobahn und Eisenbahn  
hier: Prüfantrag der SPD-Fraktion vom 13.08.2012  
Vorlage: 0203/S/12
- 17 Anfragen
- 18 Vergabe der Stromkonzession im Bereich der Schöfferstadt Gernsheim  
Vorlage: 0190/S/12

**Anwesenheit: Siehe beiliegende Teilnehmerliste**

**Verlauf**

Herr Stadtverordnetenvorsteher Manfred Schmitt begrüßt alle Anwesenden, ganz besonders Herrn Gilbert von der Presse und eröffnet die Sitzung. Die fristgerechte Einladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt. Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Er teilt mit, dass die Herren Stadtverordneten Schäfer, Weyrauch und von Haza-Radlitz für die heutige Sitzung entschuldigt sind.

Herr Bang nimmt ab 21:45 ab TOP 13 an der Sitzung teil.

Herr Deboy beantragt für SPD-Fraktion, den TOP 11 Graffiti-Kunst in Bahnunterführungen durch Gernsheimer Jugendliche, Vorlage: 0192/S/12 in die nächste Sitzungsrunde im September zu schieben.

Dem Antrag wird einvernehmlich zugestimmt.

Herr Bürgermeister Burger beantragt, die Vorlage 0204/S/12 und 0205/S/12 –An- und Verkauf von Grundstücken auf die Tagesordnung zu nehmen und in nicht öffentlicher Sitzung zu behandeln..

## **ABSTIMMUNGSERGEBNIS über die Tagesordnungserweiterung um die TOP 19 und 20: Zustimmung**

Ja-Stimmen : einstimmig  
Nein-Stimmen : -  
Enthaltung : -

## **ABSTIMMUNGSERGEBNIS über die Behandlung der TOP 19 und 20 in nicht öffentlicher Sitzung : Zustimmung**

Ja-Stimmen : 23 (12 CDU, 5 Bündnis 90/Die Grünen, 3 SPD, 1 FWG, 1 FDP,  
1 Fraktionslos)  
Nein-Stimmen : 4 (GuD)  
Enthaltung : -

Weiterhin teilt Herr Stadtverordnetenvorsteher Manfred Schmitt folgendes mit:

### **TOP 8 – CO 2-Neutral bis 2030**

Hier ist mitzuteilen, dass im Ausschuss für ULF am 22.08.2012 durch den Antragsteller beantragt wurde, die Vorlage 0116/S/12 in der September-Runde zu beraten und zu beschließen.

### **TOP 9 – Kein Giftmüll aus Indien nach Biebesheim**

Hier ist mitzuteilen, dass zur Vorlage 0188/S/12 i. S. Kein Giftmüll aus Indien nach Biebesheim ein Änderungsantrag vom 17.08.2012 der Fraktion GuD vorgelegt wurde, der wir auf Ihren Tischen verteilt wurde.

### **TOP 13 – S-Bahn und barrierefreier Bahnhof**

Wie im Bauausschuss am 22.08.2012 durch den Antragsteller angekündigt, wurde zum Antrag 0194/S/12 ein Änderungsantrag vorgelegt. Dieser Änderungsantrag wurde Ihnen auf Ihren Tischen verteilt.

### **TOP 15 – Regelmäßige schriftliche Sachstandsberichte**

Zum gemeinsamen Antrag der SPD-, FWG- und FDP-Fraktion, Vorlage: 0202/S/12 ist mitzuteilen, dass der Antrag für die Ausschuss-Runde nicht fristgerecht eingegangen ist, jedoch fristgerecht für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

### **TOP 16 – Photovoltaik an Autobahn und Eisenbahn**

Zum Prüf-Antrag der SPD-Fraktion, Vorlage: 0203/S/12 ist mitzuteilen, dass der Antrag für die Ausschuss-Runde nicht fristgerecht eingegangen ist, jedoch fristgerecht für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

### **Ergänzung:**

Die Bemerkungen zu den TOP's 15 + 16 veranlassen den Stadtverordnetenvorsteher Manfred Schmitt erneut zu der Bemerkung, dass durch diese Vorgehensweise die eigentliche Vorarbeit in den Fach-Ausschüssen zur Vorbereitung der STVV – so wie dies in der HGO ausdrücklich vorgesehen ist - nicht möglich ist. Er bittet deshalb die Antragsteller bei Antragstellung vorab zu prüfen, ob der Inhalt aufgrund besonderer Dringlichkeit immer noch unbedingt in der anstehenden Sitzung der STVV erfolgen muss oder ob es der Sache nicht dienlicher wäre, die Antragstellung für die nächste Sitzungsrunde vorzunehmen .

Bei den beiden angesprochenen TOP's kann er diese Dringlichkeit nicht erkennen und es wäre auch in der nächsten Sitzungsrunde noch zeitlich ausreichend und möglich gewesen, nach den Beratungen darüber in den Fachausschüssen darüber zu entscheiden.

Er weist deshalb auch darauf hin, dass diese Fristen-Thematik im Zusammenhang mit der Ausarbeitung der neuen Geschäftsordnung so geregelt werden muss, dass eine verspätete Einreichung von Anträgen ohne vorherige Beratung in den Ausschuss-Sitzungen nicht mehr praktiziert werden kann.

Das betrifft natürlich nicht die Anträge nach § 58 Abs. 2 der HGO.

Wie durch Herrn Bürgermeister Burger zugesagt, wurde Ihnen heute auf Ihren Tischen der Sachstandsbericht zum Breitbandausbau des Kreises-Groß-Gerau verteilt.

Des weiteren liegt Ihnen eine Einladung zur Sonderausstellung „Antike Öllampen“ im Heimatmuseum in der Zeit vom 15.09. – 15.11.2012 vor.

## **1 Bericht des Magistrats**

Im Rahmen des Magistratsberichts informiert Herr Bürgermeister Burger die Anwesenden über folgende Punkte:

### **1.1 Bürgerstiftung der Schöfferstadt Gernsheim**

Der Landrat des Kreises Groß-Gerau teilt mit Schreiben vom 18.06.2012 mit, dass der beabsichtigten Gründung der Bürgerstiftung der Schöfferstadt Gernsheim keine Einwendungen mehr entgegenstehen. Unter Bezugnahme auf den bisherigen Schriftverkehr und „unter Zurückstellung von Bedenken“ ist seitens des Landrats die Einbringung von kommunalen Haushaltsmitteln in Höhe von € 15.000,00 in die noch zu begründende Bürgerstiftung der Schöfferstadt Gernsheim das Einverständnis erklärt worden.

Seitens der Verwaltung sind nun die näheren Schritte (Vorabstimmung mit dem Finanzamt und Abstimmung mit dem Regierungspräsidium in Darmstadt) vorgesehen, um die Bürgerstiftung rechtsfähig werden zu lassen.

Des Weiteren haben sie mit dem Sitzungsversand Zustiftungserklärungen erhalten mit der Bitte, die Bürgerstiftung der Schöfferstadt Gernsheim soweit als möglich finanziell zu unterstützen, damit wir gegenüber dem Regierungspräsidium in Darmstadt auch ein ausreichendes Interesse der Bürgerschaft an den Stiftungszielen nachweisen können.

## **1.2 Umbau der kommunalen Kinderkrippe "Eulennest"**

Der Landrat teilt mit Schreiben vom 25.06.2012 mit, dass die zwei noch fehlenden Finanzierungsraten für den Umbau der dritten und vierten Gruppe mit insgesamt € 90.000,00 in den nächsten Tagen auf das Konto der Stadtkasse überwiesen werden. Damit konnte die Landesförderung mit insgesamt € 180.000,00 voll in Anspruch genommen werden. Über die Mittelverwendung ist bis zum 31.12.2012 ein Verwendungsnachweis zu erstellen.

Die Umbaumaßnahme der Räumlichkeiten konnte termingerecht abgeschlossen werden. Am Freitag, dem 07.09.2012 findet ab 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr ein „Tag der offenen Tür“ in der Kinderkrippe „Eulennest“ statt, zu der Sie ebenfalls recht herzlich eingeladen werden.

## **1.3 Fahrt für Vorschulkinder und Senioren zu einem Hallenbad**

Gemäß der Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung vom 07.12.2011 wurde festgelegt, die angebotenen Fahrten zum Besuch des Basinusbads in Bensheim halbjährlich zu evaluieren und eine Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung über eine Verlängerung des Busfahrangebots um ein weiteres halbes Jahr herbeizuführen. Die im Haushaltsplan 2012 eingestellten Kosten von insgesamt € 8.840,00 (für den Ganzjahresbetrieb) wurden zur Hälfte mit einem Sperrvermerk versehen.

Bei den bisher insgesamt 15 durchgeführten Fahrten wurden 272 Personen befördert; das sind im Durchschnitt 18,1 Teilnehmer je Fahrt. Bei der Sichtung der Altersstruktur ist festzustellen, dass bei zehn Fahrten nur vereinzelt Kinder/Jugendliche teilgenommen haben.

Im Hinblick auf die negative Haushaltslage der Schöfferstadt Gernsheim sowie der Feststellung, dass es sich bei den Fahrtangeboten um eine freiwillige Leistung handelt, wird seitens der Verwaltung die Auffassung vertreten, das ein weiteres Fahrtangebot zum einen aufgrund der geringen Nutzung unwirtschaftlich ist, zum anderen aufgrund der fehlenden Rechtsverpflichtung nicht weiter verfolgt werden sollte.

Das eigentliche Ziel, insbesondere Kindern und Jugendlichen den Besuch eines Hallenbads zu ermöglichen, ist angesichts der geringen Teilnehmerzahl dieser Personengruppe nicht erreicht worden.

Im Hinblick auf die durch den Magistrat am 25.07.2012 beschlossenen Haushaltssperre gemäß § 107 HGO sowie auf die mit Schreiben vom 23.07.2012 durch den Landrat mitgeteilte Verfügung zum Vollzug der Leitlinien zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte wird unter Ziffer 2 darauf verwiesen, dass die Übernahme neuer Aufgaben, für die keine rechtliche Verpflichtung besteht, nur erfolgen kann, wenn die Finanzierung durch damit verbundene Erträge gesichert ist.

Der Magistrat wird der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zuleiten, mit der über die Festsetzung des Busfahrangebot nach Ablauf eines halben Jahres zu entscheiden ist.

#### **1.4 Spende der Wilhelm-Jockel-Stiftung**

Die Wilhelm-Jockel-Stiftung in Gernsheim hat sich erneut bei der Unterstützung unserer Kindertageseinrichtungen sehr großzügig gezeigt. Ein Antrag wurde kurzfristig auf Bezuschussung einer Garderobenanlage für die Maria-Jockel-Kindertagesstätte sowie für die Ausgestaltung des Turnraums und des Außengeländes der kommunalen Kinderkrippe „Eulennest“ gestellt.

Die Wilhelm-Jockel-Stiftung hat dazu in ihrem Schreiben vom 29.06.2012 erklärt, dass die gewünschte Garderobenanlage mit einem Betrag von € 15.000,00 bezuschusst wird; des Weiteren erhält die kommunale Kinderkrippe „Eulennest“ für die Ausgestaltung des Turnraums sowie die Ausstattung des Außengeländes mit Spielgeräten einen weiteren Betrag von insgesamt € 10.000,00 zur Verwendung.

Die Schöfferstadt Gernsheim bedankt sich ausdrücklich bei der Wilhelm-Jockel-Stiftung und ihren Vertretern für die erneute großzügige Zuwendung, die gerade in Zeiten knapper kommunaler Haushaltsmittel besonders erfreulich ist.

#### **1.5 Blitzschutzanlage auf dem Sportgelände**

Die beiden Garagen und die Überdachung vor dem Trainingsgelände der Sportanlage am Kaffeedamm wurden mit einer Blitzschutzanlage versehen. Sowohl die beiden Garagen als auch die Überdachung werden von der Concordia Gernsheim bei Veranstaltungen zum Ausschank für die Bewirtung genutzt. So ist für die Zukunft Vorsorge getroffen, dass bei Gewittern keine Personenschäden durch Blitzschlag entstehen.

Die Arbeiten wurden in der Zeit vom 09.07.-10.07.2012 durch die Fa. Schaller Blitzschutzanlagen GmbH aus Groß-Gerau ausgeführt.

Die Kosten zur Errichtung der erforderlichen Blitzschutzanlagen belaufen sich auf rd. € 2.400,00 einschl. Mehrwertsteuer. Vom Auftragnehmer wurde zusätzlich

geprüft, ob eine Blitzschutzanlage für den Container hinter dem Hauptspielfeld, der zum Aufenthalt der Dirt Biker dient, erforderlich ist. Auch hier wurde eine Blitzschutzanlage montiert.

Für das Häuschen neben dem Kunstrasenfeld ist aufgrund des daneben stehenden geerdeten Flutlichtmastes keine Blitzschutzanlage erforderlich.

## **1.6 Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2000 - Vorgaben zur Nutzung der Windenergie, Anhörung zur Stellungnahme**

Die Hessische Landesregierung hat am 18.06.2012 den Entwurf der Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2000 –Vorgaben zur Nutzung der Windenergie- sowie den Umweltbericht gebilligt und beschlossen, die Anhörung nach § 8 Absatz 2 des Hessischen Landesplanungsgesetzes (HLPG) einzuleiten.

Mit Schreiben vom 04.07.2012 hat die Schöfferstadt Gernsheim im Rahmen der Anhörung als kommunale Gebietskörperschaft gemäß § 8 Absatz 3 Satz 2 HLPG ein Exemplar des Planentwurfs erhalten. Die Schöfferstadt Gernsheim hat innerhalb der gesetzlichen Frist von zwei Monaten bis zum 24.09.2012 Gelegenheit, Stellung zum Entwurf der Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2000 –Vorgaben zur Nutzung der Windenergie- zu nehmen.

## **1.7 Umsetzungskonzept der Hessischen Landesregierung zum Hessischen Energiegipfel - Solardachkataster und Windressourcenkarte**

Das Hessische Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat mit Schreiben vom 17.07.2012 mitgeteilt, dass Hessen mit dem Energiegipfel im politischen Konsens Ziele hin zu einer sicheren, umweltschonenden, bezahlbaren und gesellschaftlich akzeptierten Energieversorgung festgelegt hat. Als ein Baustein zum Erreichen der im Umsetzungskonzept zum Hessischen Energiegipfel aufgeführten energiepolitischen Ziele prüft das hessische Umweltministerium die landesweite zentrale Einführung eines Solardachkatasters. Dazu wird derzeit in einem ersten Schritt ein Pilotversuch durchgeführt. Die Produktivsetzung im Internet fand am 23.04.2012 statt.

Das Solardachkataster bietet Bürgern verlässliche Informationen über die Eignung ihres Daches zur solaren Stromerzeugung und die Wirtschaftlichkeit einer solchen Nutzung. Durch eine Simulation der Sonneneinstrahlung über den Tag und das Jahr hinweg kann für jede einzelne Dachfläche der zu erwartende Stromertrag exakt berechnet werden. Im Rahmen des Pilotprojektes für das Land Hessen wurde auch ein Solarthermie-Rechner entwickelt. Der Wirtschaftlichkeitsberechner und die Modul-Empfehlung wurden auf Basis der bereits bestehenden Einzelkataster weiterentwickelt. Des Weiteren wurde die Auflösung in der Berechnung optimiert und somit die Planungsgenauigkeit auf der

Dachfläche erhöht. Dem Nutzer werden zukünftig noch mehr Auswahlkriterien zur Verfügung stehen, z.B. Differenzierung nach Eignungsklassen, Modulfläche und Gebäudenutzung.

Nach den derzeitigen Planungen soll die Auswertung des Katasters Ende 2012 beauftragt werden, so dass die Fertigstellung des hessenweiten Solardachkatasters im August 2013 möglich ist.

## **1.8 Fällen von Pappeln im Bereich Rheinpark/Sportplatz sowie Land- und Fanggraben Allmendfeld**

Bei den rund 60 Jahre alten Pappeln im Bereich des Rheinparks/Sportplatz „Am Kaffeedamm“ ist die Verkehrssicherheit nicht mehr gewährleistet. Dies gilt auch für die gleichaltrigen Pappeln im Bereich des Land- und Fanggrabens, wo ebenfalls erheblicher Astbruch auftritt und die Untere Naturschutzbehörde sowie der Wasserverband Modaugebiet nach entsprechender Besichtigung ihre Zustimmung zur beabsichtigten Fällung der Pappeln gegeben haben. Es sollen rund 25 Pappeln im Rheinpark und rund 50 Pappeln im Bereich des Land- und Fanggrabens in der Gemarkung Allmendfeld gefällt werden. Mittlerweile wurden insgesamt 62 Bäume zur Fällung freigegeben. 17 Bäume müssen wegen nachgewiesener Brutplätze und des Erhaltes des Artenschutzes erhalten bleiben.

Der Schöfferratsstadt Gernsheim entstehen für diese Maßnahme keine Kosten, da ein entsprechendes Fachunternehmen das Kronen- und Astholz zur Energiegewinnung (Hackschnitzel) verarbeitet; für das Stammholz wird eine Vergütung an uns gezahlt. Gemäß Artenschutzgutachten vom August 2012 wurden Bäume als zu erhalten („orange“) oder für den Einschlag freigegeben („grün“) klassifiziert.

Um die Verkehrssicherungspflicht zu gewährleisten, hat der Magistrat in seiner Sitzung am 08.08.2012 die Auftragserteilung zum Fällen der Pappeln beschlossen.

## **1.9 Auftragsvergabe für die Freiwillige Feuerwehr Gernsheim**

Der Magistrat hat in seiner Sitzung vom 11.07.2012 zu der vorgesehenen Anschaffung von zwei Tragkraftspritzen-Fahrzeugen für die Freiwillige Feuerwehr der Schöfferratsstadt Gernsheim festgelegt, dass Los 2 (Feuerwehrtechnischer Auf- und Ausbau von zwei Fahrzeugen) mit einem Auftragswert in Höhe von € 110.000,00 an die Firma Iveco-Magirus Brandschutztechnik Görlitz GmbH, 02826 Görlitz, sowie das Los 3 (Feuerwehrtechnische Beladung) mit einem Auftragswert in Höhe von € 42.200,00 inklusive Mehrwertsteuer an die Firma

Weinhold Feuerwehrbedarf GmbH in Heppenheim zu vergeben.

Die Aufbauten beider Fahrzeuge sind gleich, die Fahrgestelle unterschiedlich. Das Fahrwerk des Fahrzeuges für Klein-Rohrheim wird seitens des Landes Hessen für eine Beschaffungsmaßnahme zur Verfügung gestellt. Für das Fahrzeug Allmendfeld hat die Stadt die Kosten in Höhe von Euro 55.000,00 übernommen.

Für die weitere Auftragsabwicklung und Abstimmung sind gemeinsame Gesprächstermine mit beiden Firmen vorgesehen.

### **1.10 Vorzeitige Ablösung von Bauspardarlehen bei der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen**

Der Magistrat hat am 25.07.2012 die vorzeitige Ablösung der nachfolgend aufgeführten Bauspardarlehen:

<b>Darlehens- Nr.</b>	<b>Fälligkeit/Auslauf</b>	<b>Restschuld per 31.07.2012</b>
3043455603	30.09.2013	10.129,88 EUR
3043455405	31.01.2014	25.548,19 EUR
3043455504	31.12.2014	<u>46.309,32 EUR</u>
		81.987,39 EUR

zum 31.07.2012 beschlossen.

**Der Zinssatz für das Darlehen 3043455603 beträgt 5 %, für die Darlehen 3043455405 und 3043455504 jeweils 4,5 %.**

Die erforderlichen Mittel stehen unter Produkt 61201 -Sonstige Allgemeine Finanzwirtschaft-, Investitions-Nr. I-61201005 zur Verfügung.

### **1.11 Bushaltestellen Karlstraße**

Der Magistrat der Schöfferstadt Gernsheim erteilte am 25.07.2012 der Fa. Hch. Phil. Schäfer, Biebesheim, den Auftrag für die Herstellung der Bushaltestellen in der Karlstraße zum Gesamtpreis von € 33.921,93.

Die Mittel zum Ausbau der Bushaltestellen sind im Produkt 54701 –ÖPNV- unter I-54701001 -Ausbau behindertengerechter Bushaltestellen- vorhanden. Die Zuwendung des Landes Hessen (Z-54701001) wurde mit Bescheid vom 03.07.2012 gewährt.

Für den Gesamtumbau aller Bushaltestellen in Gernsheim entstehen Kosten von voraussichtlich ca. Euro 300.000,00, für die wir Bundesfördermittel in Höhe von Euro 180.000,00 erhalten werden.

### **1.12 Spatenstich für den Neubau der Kinderkrippe des Deutschen Kinderschutzbundes**

Der Vorsitzende des Kinderschutzbundes, Herr Bernd Behnke, hat anlässlich einer persönlichen Vorsprache am 13.08.2012 mitgeteilt, dass der Spatenstich für die beabsichtigte Neubaumaßnahme eines Kinder- und Familienzentrums mit integrierter Kinderkrippe am Samstag, dem 01.09.2012 um 14.00 Uhr stattfindet. Des Weiteren feiert der Deutsche Kinderschutzbund an diesem Tag sein 25jähriges Bestehen.

Herr Erster Stadtrat Adler wird diesen Termin wahrnehmen.

### **1.13 Besuch einer Gästegruppe aus der Partnerstadt Swiecie**

In der Zeit von Montag, dem 06.08.2012 bis einschließlich Freitag, dem 10.08.2012 weilte eine Besuchergruppe aus unserer polnischen Partnerstadt Swiecie mit insgesamt 45 Personen in der Schöfferstadt Gernsheim. Die Unterbringung dieser Besuchergruppe erfolgte im Jugendhaus Maria Einsiedel. Neben verschiedenen Programmpunkten beispielsweise dem gemeinsamen Besuch beim Rheinischen Fischerfest am Montagabend, einem Empfang am Dienstag bei der Schöfferstadt Gernsheim, einem Besuch des Ateliers Derra sowie einer Fahrt nach Mainz mit der Besichtigung des Mainzer Doms und des Gutenberg-Museums konnten die Gäste ein umfassendes und informatives Programm erleben.

Durch den Gesangverein Sängerkunst wurde ein gemeinsamer Grillabend organisiert; des Weiteren fand am Donnerstag, dem 09.08.2012 eine Abendmesse in Maria Einsiedel statt, die durch den Chor „Parati semper“ mit gestaltet wurde. Die Messe war auch aus der Bevölkerung her sehr gut besucht; eine Vielzahl von polnischen Mitbürgern, die in Gernsheim und Umgebung leben, hat ebenfalls daran teilgenommen.

Am Freitag, dem 10.08.2012 wurden die Gäste durch den Herrn Bürgermeister Burger, Herrn Stadtverordnetenvorsteher Schmitt sowie Frau Bolenz vom Kulturamt verabschiedet. Im Ergebnis bleibt nur festzuhalten, dass auch seitens der polnischen Gäste bestätigt wurde, dass sie sich in Gernsheim sehr wohl gefühlt haben und dass auch der intensive Kontakt mit den Vertretern des Gesangvereins Sängerkunst dazu genutzt werden soll, die Beziehung zwischen den Bürgern beider Kommunen weiter zu vertiefen.

## **1.14 2. Tag der Nachhaltigkeit in Hessen am 19.,09.2012**

„Der Klimawandel ist eine große Herausforderung der Gegenwart. Im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie Hessen sind wir aktiv, um die natürlichen Lebensgrundlagen, die wirtschaftliche Entwicklung und die Lebensqualität der Bevölkerung nachhaltig zu sichern. Das Land Hessen hat sich daher zum Ziel gesetzt, Potentiale zur Energieeinsparung und zur Steigerung der Energieeffizienz weiter auszuschöpfen und die Nutzung erneuerbarer Energien voranzubringen. Damit sollen die Treibhausgasemissionen reduziert werden“. (Auszug aus der Charta der 100 Kommunen für den Klimaschutz).

Am 19.9.2012 findet der 2. Tag der Nachhaltigkeit in Hessen statt. Die Schöfferstadt Gernsheim beteiligt sich an der Aktion, indem sie ihre Bediensteten bittet, nach Möglichkeit auf die Nutzung des PKW zu verzichten. Der Weg zum Arbeitsplatz soll an diesem Tag mit dem Fahrrad oder zu Fuß zurückgelegt werden.

Hiermit ergeht auch an die Bevölkerung der Aufruf, sich der Aktion anzuschließen und - wenn möglich - am Tag der Nachhaltigkeit vom PKW auf das Fahrrad „umzusatteln“.

## **1.15 Haushaltswirtschaftliche Sperre für das Haushaltsjahr 2012**

Auf Grund der zu erwartenden negativen Entwicklung bei den Gewerbesteuerereinnahmen hat der Magistrat in seiner Sitzung am 25. Juli 2012 eine haushaltswirtschaftliche Sperre nach § 107 HGO beschlossen. Diese Haushaltssperre gilt bis auf Weiteres bis voraussichtlich zum Jahresende 2012.

Die haushaltswirtschaftliche Sperre umfasst Verfügungsbeschränkungen im Ergebnis- und Finanzhaushalt. Maßnahmen, die bereits begonnen wurden, bzw. Aufträge, die vor Erlass der Sperre erteilt wurden, sind davon ausgenommen.

## **1.16 Durchführung der Ausschreibung Sanierung Unterführung -Stadtmitte-**

Die am Submissionstermin 18.07.2012 eingegangenen 13 Angebote wurden rechnerisch, technisch und wirtschaftlich vom Büro SIB, Ober-Mörlen geprüft. Dabei stellte sich heraus, dass die Angebote zum Teil nicht den technischen Anforderungen - andere Materialien wie gefordert - genügten oder nicht wirtschaftlich waren.

Beides ist gemäß VOB/A ein Grund zur Nichtwertung bzw. zur Aufhebung der Ausschreibung. Nach Aufhebung der Ausschreibung soll nun im Januar eine neuerliche Ausschreibung stattfinden. Somit wird der Baubeginn dann im Frühjahr 2013 sein.

Es bleibt abzuklären ob diesmal eine beschränkte Ausschreibung unter Beteiligung der letzten Bieter zulässig ist.

### **1.17 Neue Urnenwand auf dem Friedhof**

Auf dem Friedhof der Stadt Gernsheim ist seit Jahren ein beständiger Wandel der Bestattungskultur nachzuvollziehen, so wie dies auch in anderen Gemeinden feststellbar ist. Erfolgte im Jahr 1998 in Gernsheim noch 36% der Bestattungen als Urnenerd- oder wandgrab, so waren es im zurückliegenden Jahr bereits 58% der Bestattungen. Die Wahl als Urnenerd- oder wandgrab ist dabei ziemlich ausgewogen. Die ehemals bestimmende Sargbeisetzung ist eindeutig rückläufig, erst recht die Bindung an ein über Jahrzehnte währendes Familiengrab.

Die Stadt Gernsheim reagiert auf diesen Wandel. Mitte August diesen Jahres wurde eine neue Urnenwand mit insgesamt 54 Urnennischen fertig gestellt. In jeder Nische sind zwei Urnenbeisetzungen möglich. Die Gesamtkosten für die Anlage belaufen sich auf 44.415,44 €, einschl. MWSt. Da gegenüber der ursprünglichen Bestellung in Höhe von brutto 42.237,86 € nunmehr auch noch die Sockelrückseiten und die 4 Winkelöffnungen der über Eck gestellten Urnennischen verkleidet wurden, entstanden Mehrkosten in Höhe von 2.177,58 €. Eine Ablagefläche für Blumen soll noch angeboten werden.

### **1.18 Renovierung Bürgersaal**

Wie sicher schon bemerkt wurde, konnte der Bürgersaal zwischenzeitlich vollständig renoviert werden. Für die Lieferung und Montage der Beschallungsanlage, den Anstrich der Wandflächen sowie der Decke, die Bauendreinigung, die erforderliche Umlegung der Elektroinstallation, die Verdunklungsanlage und für die neuen Gardinen wurden insgesamt Euro 27.852,30 verausgabt.

Aufgrund der bestehenden Haushaltssperre wurde die vorgesehene Anschaffung von Möbeln vorerst zurück gestellt.

## **2 Bericht des Stadtverordnetenvorstehers**

Herr Stadtverordnetenvorsteher Manfred Schmitt teilt mit, dass folgende Damen und Herren Stadtverordneten Geburtstag hatten und wünscht nochmals alles Gute:

Die Herren Trommer, Deboy, Piscopia, Kaspar, Bolenz, Schäfer, Weinmann und Wolter.

Des weiteren teilt er mit, dass in der Zeit von Montag, dem 06.08.2012 bis einschließlich Freitag, dem 10.08. eine Besuchergruppe aus unserer polnischen Partnerstadt Swiecie mit insgesamt 45 Personen in der Schöfferstadt Gernsheim weilte. Die Unterbringung dieser Besuchergruppe erfolgte im Jugendhaus Maria Einsiedel. Neben verschiedenen Programmpunkten beispielsweise dem gemeinsamen Besuch beim Rheinischen Fischerfest am Montagabend, einem Empfang am Dienstag bei der Schöfferstadt Gernsheim, einem Besuch des Ateliers Derra sowie einer Fahrt nach Mainz mit der Besichtigung des Mainzer Doms und des Gutenberg-Museums konnten die Gäste ein umfassendes und informatives Programm erleben.

Durch den Gesangverein Sängerkunst fand am Donnerstag, dem 09.08.2012 eine Abendmesse in Maria Einsiedel statt, die durch den Chor „Parati semper“ mit gestaltet wurde. Die Messe war aus der Bevölkerung sehr gut besucht; allerdings konnte das Interesse der meisten Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, an diesem Gottesdienst teilzunehmen, leider nicht geweckt werden.

Am Freitag, dem 10.08.2012 wurden die Gäste durch den Herrn Bürgermeister Burger, Herrn Stadtverordnetenvorsteher Schmitt sowie Frau Bolenz vom Kulturamt verabschiedet. Im Ergebnis bleibt nur festzuhalten, dass auch seitens der polnischen Gäste bestätigt wurde, dass sie sich in Gernsheim sehr wohl gefühlt haben und dass auch der intensive Kontakt mit den Vertretern des Gesangvereins Sängerkunst dazu genutzt werden soll, die Beziehung zwischen den Bürgern beider Kommunen weiter zu vertiefen.

**3 Kenntnisnahme von über- und außerplanmäßigen Auszahlungen gemäß § 114g HGO aus dem Haushaltsjahr 2011  
Vorlage: 0148/S/12**

**BESCHLUSS:**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt Kenntnis von über- und außerplanmäßigen Auszahlungen gemäß § 114g HGO aus dem Haushaltsjahr 2011 und zwar:

1. Mehrausgaben Ergebnishaushalt	<b>EUR</b>	<b>0,00</b>
2. Mehrausgaben Finanzhaushalt (gem. Anlage 1)	<b>EUR</b>	<b><u>6.509,75</u></b>

**Somit ergeben sich insgesamt EUR 6.509,75  
Mehrausgaben, die von der Stadtverordneten-  
versammlung zur Kenntnis zu nehmen sind.**

Bei den vorgenannten über- und außerplanmäßigen Auszahlungen handelt es sich gemäß § 114g HGO um unvorhergesehene und unabweisbare Ausgaben, für die kein entsprechender Ansatz bei der Aufstellung des Haushaltsplanes (Finanzhaushalt) eingeplant wurde.

Die Deckung ist gemäß Deckungsvorschlag (Anlage 1) gewährleistet.

**ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zur Kenntnis genommen**

Eine formelle Abstimmung erfolgt nicht.

- 4 Bauleitplanung der Schöffersstadt Gernsheim;  
Aufstellung eines Bebauungsplans mit der Bezeichnung "Bleichstraße"  
(Teilbereich)  
Vorlage: 0177/S/12**

**BESCHLUSS:**

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Bebauungsplan-Entwurf „Bleichstraße“ (Teilbereich) in der vorliegenden Fassung als Grundlage für die Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach den Bestimmungen des Baugesetzbuchs zu. Es ist ein Verfahren nach § 13a des Baugesetzbuchs (Bebauungsplan der Innenentwicklung) anzustreben. Dem Magistrat werden die formellen Verfahrensschritte übertragen.

**ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung**

Ja-Stimmen : einstimmig  
Nein-Stimmen : -  
Enthaltung : -

- 5 Kenntnisnahme des 2. Finanzberichts 2011 gemäß § 28 Abs. 1 GemHVO -  
Doppik-  
Vorlage: 0181/S/12**

**BESCHLUSS:**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den 2. Finanzbericht 2011 vom 26.07.2012 zum Buchungsstand 14.06.2012 gemäß § 28 Abs. 1 GemHVO - Doppik- zur Kenntnis.

## **ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zur Kenntnis genommen**

Eine formelle Abstimmung erfolgt nicht.

### **6 Erweiterung / Änderung des Abfuhrhythmus im Bereich der Abfallbeseitigung zum 01.01.2013 Vorlage: 0189/S/12**

Im Rahmen der Aussprache gibt Herr Bürgermeister Burger ausführliche Erläuterungen zum Abfuhrhythmus. Er schlägt weiterhin vor, sich auf einen vierwöchigen Abfuhrhythmus zu einigen, da dieser

Frau Birgit Weinmann teilt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit, dass ihre Fraktion der Vorlage des Magistrats nur zustimmen wird, wenn die Bezeichnung der Menge des Restmüllgefäßes gestrichen wird sowie der eingeklammerte Zusatz „Modell 1“ gestrichen wird.

Frau Elke Saltzer ist der Meinung, dass man beim Modell 1 als Verbraucher bereits zu festgelegt ist. Ihr fehlt weiterhin die Option des Modelles 4, d. h. die Entscheidung der Bürger über eine zwei- oder vierwöchige Abfuhr bzw. für eine 120l-Tonne bzw. eine 240l-Tonne.

Herr Horst-Dieter Kaspar macht nochmals deutlich, dass es bei der Vorlage lediglich um den Abfuhrhythmus geht. Er erläutert, dass die 240l-Restmülltonnen vorrätig sind; hingegen die 120l-Restmülltonnen angeschafft werden müssen und die Kosten auf die Verbraucher umgelegt werden. Allerdings räumt Herr Kaspar ein, dass ein kleineres Müllgefäß einen größeren Anreiz gibt, ordentlich zu trennen.

Herr Horst-Dieter Kaspar beantragt eine Sitzungsunterbrechung, die von 20:35 Uhr bis 20:47 Uhr andauert.

Nach der Sitzungsunterbrechung bittet Herr Kramer (SPD) um Klärung, ob eine neue 120l-Tonne zusätzliche Kosten verursacht.

Herr Burger sagt eine Klärung zu, wer die Kosten bei der Einführung der 120l-Tonne bezahlt oder ob die Anschaffung von 120l-Tonnen auf die Verbraucher umgelegt werden kann.

Herr Bürgermeister Burger schlägt vor, über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abzustimmen.

Der Beschlusstext der Vorlage 0189/S/12 lautet nun wie folgt:

### **BESCHLUSS:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Erweiterung des Abfuhrhythmus für das Restmüllgefäß von einer derzeit 14-tägigen Leerung auf eine 14-tägige und 4-wöchentliche Leerung zum 01.01.2013.

Des Weiteren beschließt die Stadtverordnetenversammlung eine Erweiterung der wöchentlichen Leerung des Biomüllgefäßes bereits ab dem Monat April (derzeit ab Mai) zum 01.01.2013.

Die hierdurch zu ändernden Gebührensätze (siehe Begründung) werden in der Neufassung der Abfallsatzung zum 01.01.2013 festgelegt, die von der Stadtverordnetenversammlung am 26.09.2012 beschlossen werden soll.

### **ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung**

Ja-Stimmen : einstimmig  
Nein-Stimmen : -  
Enthaltung : -

#### **7 Planung einer weiteren mehrzügigen Kinderkrippe hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 04.05.2012 Vorlage: 0108/S/12**

Seitens der CDU-Fraktion wird folgender Antrag vorgelegt:

Die CDU-Fraktion beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Der Magistrat der Schöfferstadt Gernsheim wird beauftragt in den Entwurf des HH-Planes 2013 Mittel für die Planung einer weiteren mehrzügigen Kinderkrippe einzustellen, sowie für deren Realisierung ab dem HH-Jahr 2014 im Investitionsprogramm ebenso ausreichende Haushaltsmittel vorzusehen. Gleichzeitig ist die kommunale Kindertagesstättenplanung zu überprüfen, um festzustellen, ob die vorhandenen Plätze in den Kitas auf absehbare Zeit ausreichen. Im Bedarfsfall ist auch hier Vorsorge für den weiteren Ausbau von Betreuungsplätzen zu treffen.

Im Rahmen der Aussprache beantragt Herr Bürgermeister Burger, im ersten Satz das Wort „beauftragt“ in „gebeten“ zu ändern.

Herr Fraktionsvorsitzender Horst-Dieter Kaspar stimmt dem Antrag zu. Der Antrag der CDU-Fraktion lautet nun wie folgt:

Der Magistrat der Schöfferstadt Gernsheim wird gebeten, in den Entwurf des HH-Planes 2013 Mittel für die Planung einer weiteren mehrzügigen Kinderkrippe einzustellen, sowie für deren Realisierung ab dem HH-Jahr 2014 im Investitionsprogramm ebenso ausreichende Haushaltsmittel vorzusehen.

Gleichzeitig ist die kommunale Kindertagesstättenplanung zu überprüfen, um festzustellen, ob die vorhandenen Plätze in den Kitas auf absehbare Zeit ausreichen. Im Bedarfsfall ist auch hier Vorsorge für den weiteren Ausbau von Betreuungsplätzen zu treffen.

### **ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung**

Ja-Stimmen : einstimmig  
Nein-Stimmen : -  
Enthaltung : -

- 8 CO2-Neutral bis 2030: Gernsheim wird klimafreundliche Kommune; hier: Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.05.2012 sowie Änderungsantrag der Fraktion GuD vom 09.05.2012  
Vorlage: 0116/S/12**

Im Ausschuss für Umwelt, Land- und Forstwirtschaft am 22.08.2012 baten die Antragsteller darum, den Antrag in der nächsten Sitzungsrunde im September 2012 zu beraten und zu beschließen.

Dem Antrag wurde einvernehmlich zugestimmt.

- 9 Kein Giftmüll aus Indien nach Biebesheim  
hier: Resolutionsantrag der Fraktion GuD vom 01.08.2012  
Vorlage: 0188/S/12**

Wie bereits im Ausschuss für Umwelt, Land- und Forstwirtschaft am 22.08.2012 angekündigt, wird seitens der Fraktion GuD folgender Änderungsantrag zum Antrag vom 01.08.2012 vorgelegt:

Die Fraktion GuD beantragt aufgrund der aktuellen Situation und Informationen, den folgenden Antrag in der nächsten Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

#### **Kein Giftmüll aus Indien nach Biebesheim!**

Die Stadtverordnetenversammlung und der Magistrat der Schöfferstadt Gernsheim bekräftigen den Appell in ihrer Resolution vom 20.6.2012 und appellieren an:

- a. die Hessische Landesregierung, den zuständigen Behörden keine Genehmigung zur Annahme und Entsorgung von Giftmüll, speziell aus Bhopal und generell aus Indien zu erteilen.

- b. das Regierungspräsidium Darmstadt, der HIM in Biebesheim keine Genehmigung zur Annahme und Entsorgung von Giftmüll speziell aus Bhopal und generell aus Indien zu erteilen.

Im Rahmen der Aussprache schlägt Herr Stadtverordnetenvorsteher Manfred Schmitt in Anbetracht dessen, dass bereits im Juni 2012 diesbezüglich ein Resolutionsantrag auf den Weg gebracht wurde, vor, den Antrag zurückzuziehen.

Auch Herr Bürgermeister Burger warnt vor einer Resolutionsinflation, da er zu dem bereits übermittelten Resolutionsantrag, der vor sieben Wochen auf den Weg gebracht wurde, keinen entscheidenden Unterschied erkennen kann.

Herr Weckerle teilt für die Fraktion GuD mit, dass der Änderungsantrag zunächst zurückgezogen wird. Nach dem Vortrag eines Vertreters der Geschäftsleitung der Firma HIM, Biebesheim zu diesem Thema soll entschieden werden, ob ein erneuter Antrag vorgelegt wird.

Eine formelle Abstimmung erfolgt nicht.

**10 Gründung einer Kreisgesellschaft zum flächendeckenden Breitbandausbau hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 26.07.2012  
Vorlage: 0191/S/12**

Seitens der SPD-Fraktion wird folgender Antrag vorgelegt:

Die SPD-Fraktion bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Schöfferstadt Gernsheim begrüßt den am 25.06.2012 erfolgten Kreistagsbeschluss zur Gründung einer Gesellschaft zum flächendeckenden Breitbandausbau im Kreis Groß-Gerau und erachtet dies als geeignete Initiative zur Förderung der Gewerbestandorte im Kreis Groß-Gerau im Allgemeinen sowie des Gewerbestandorts Gernsheim im Speziellen.
2. Der Magistrat berichtet in einer Sitzung des Bauausschusses über die bisher mit dem Kreis Groß-Gerau in dieser Sache erfolgten Gespräche und informiert die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung in regelmäßigen Abständen über die weitere Entwicklung.
3. Sobald konkrete Anfragen oder Maßnahmen im Rahmen des Breitbandausbaus im Gebiet der Gemarkung Gernsheim vorliegen, erfolgt ein entsprechender Bericht im Bauausschuss.

Zu Ziffer 3 sagt Herr Bürgermeister Burger zu, zukünftig im Rahmen des Magistratsberichts entsprechend zu berichten.

**ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung**

Ja-Stimmen : einstimmig  
Nein-Stimmen : -  
Enthaltung : -

**11 Graffitikunst in Bahnunterführungen durch Gernsheimer Jugendliche  
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 26.07.2012  
Vorlage: 0192/S/12**

Bereits zu Beginn der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung beantragt Herr Jan Deboy für die SPD-Fraktion, den Antrag auf die September-Runde 2012 zu schieben.

Dem Antrag wird einvernehmlich zugestimmt.

**12 Sitzungsprotokolle und Homepage;  
hier: Antrag der Fraktion GuD vom 02.08.2012  
Vorlage: 0193/S/12**

Seitens der Fraktion GuD wird folgender Antrag vorgelegt:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten zu beschließen:

Der Magistrat erweitert die Homepage der Schöfferstadt Gernsheim in der Rubrik „Verwaltung & Politik“ entweder um eine Zeile „Sitzungsprotokolle“ und/oder ergänzt die Gremienseiten mit Links zu den entsprechenden Protokollen.

Im Rahmen der Aussprache und der Tatsache, dass der Inhalt des Antrages größtenteils durch die Verwaltung umgesetzt wurde, zieht Herr Weckerle (GuD) den Antrag zurück.

Herr Bang nimmt ab TOP 13 – 21:45 Uhr an der Sitzung teil.

**13 S-Bahn und barrierefreier Bahnhof;  
hier: Resolutions-Antrag der Fraktion GuD vom 02.08.2012  
Vorlage: 0194/S/12**

Wie bereits im Bauausschuss am 22.08.2012 seitens des Antragstellers angekündigt, wird seitens der Fraktion GuD folgender Änderungsantrag vorgelegt:

Die GuD-Fraktion bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

**S-Bahn und barrierefreier Bahnhof**

Der Magistrat der Schöfferstadt Gernsheim wendet sich an die für eine S-Bahn-Verbindung von Frankfurt nach Gernsheim und von Mannheim nach Gernsheim sowie die für den Ausbau und Betrieb der Bahnanlagen zur Personenbeförderung

zuständigen Gesellschaften der Deutschen Bahn AG und des Trägers des ÖPNV mit dem Ziel, die politischen Gremien der Schöfferstadt Gernsheim über folgende Sachverhalte zu informieren:

1. wie der konkrete Stand von Planungen hinsichtlich der S-Bahn-Verbindungen sowohl von Frankfurt nach Gernsheim als auch von Mannheim nach Gernsheim ist. Dies betrifft besonders eventuelle Termine, sowie
2. welche Maßnahmen vorgesehen sind, um behinderten Menschen einen barrierefreien Zugang der Bahngleise 2 und 3 zu ermöglichen, und wann diese Maßnahmen realisiert werden sollen.

Im Rahmen der Aussprache schlägt Herr Bürgermeister Burger vor, die Ziffer 2. im Änderungsantrag zu streichen und einen Vertreter der Deutschen Bahn AG zu diesem Thema referieren zu lassen. Er erläutert nochmals, welche Maßnahmen seitens der Deutschen Bahn AG bereits geplant sind.

Herr Trommer erklärt für die Fraktion GuD, mit der Streichung der Ziffer 2. einverstanden zu sein.

Der Antrag der Fraktion GuD lautet nun wie folgt:

Der Magistrat der Schöfferstadt Gernsheim wendet sich an die für eine S-Bahn-Verbindung von Frankfurt nach Gernsheim und von Mannheim nach Gernsheim sowie die für den Ausbau und Betrieb der Bahnanlagen zur Personenbeförderung zuständigen Gesellschaften der Deutschen Bahn AG und des Trägers des ÖPNV mit dem Ziel, die politischen Gremien der Schöfferstadt Gernsheim über folgende Sachverhalte zu informieren:

wie der konkrete Stand von Planungen hinsichtlich der S-Bahn-Verbindungen sowohl von Frankfurt nach Gernsheim als auch von Mannheim nach Gernsheim ist. Dies betrifft besonders eventuelle Termine.

### **ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung**

Ja-Stimmen : einstimmig  
Nein-Stimmen : -  
Enthaltung : -

#### **14 Versand der Standard-Sitzungsunterlagen per E-Mail alternativ zur Botenzustellung hier: Antrag der Fraktion GuD vom 02.08.2012 Vorlage: 0195/S/12**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten zu beschließen:

Der Magistrat sorgt dafür, dass die Stadtverordneten und Magistratsmitglieder

zukünftig ihre Vorlagen und Informationen per elektronischer Post erhalten. Dies gilt für alle DIN-A4 Vorlagen, soweit sie keine für das Verständnis erforderlichen farblichen Darstellungen enthalten. Der Gebrauch der elektronischen Post soll den Vorzug bei der Versandfunktion haben. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Empfänger einen angemessenen Ausgleich für den Verbrauch an Papier sowie Druckertoner und -kapazität erhalten, z.B. eine jährliche Pauschale. Die nicht elektronisch vernetzten Empfänger, und die, die es ausdrücklich wünschen, erhalten die Unterlagen nach wie vor über Boten.

Im Rahmen der Aussprache empfiehlt Herr Bürgermeister Burger, die Beschlussfassung über den Antrag zu verschieben, da einiges, was im Antragstext steht, bereits in Bearbeitung ist. Die Vorlagen können zukünftig aus dem Internet heruntergeladen werden. Den Versand von Sitzungsunterlagen per E-Mail sieht er etwas kritisch, da hier einige Fehlerquellen entstehen können.

Herr Trommer sieht diesbezüglich keine Probleme. Er schlägt vor, dass über Intranet auf den eingehenden Sitzungsversand aufmerksam gemacht werden soll.

Der Antrag wird seitens des Antragstellers nach den Erläuterungen des Bürgermeisters zurückgezogen.

**15** **Regelmäßige schriftliche Sachstandsberichte**  
**hier: Gemeinsamer Antrag der SPD-, FWG- und FDP-Fraktion vom**  
**16.08.2012**  
**Vorlage: 0202/S/12**

Seitens der SPD-, FWG- und FDP-Fraktion wird folgender Antrag vorgelegt:

Die Stadtverordneten der Fraktionen FWG und SPD sowie der FDP bitten die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Schöfferstadt Gernsheim beauftragt den Magistrat, mit Stichtag zum 01. Juni sowie zum 01. November eines jeden Jahres den Vorsitzenden der Fraktionen einen schriftlichen Bericht über den Stand der Umsetzung der in der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Anträge und Initiativen vorzulegen. Der Bericht hat den

- Beschlusstext des jeweilig beschlossenen Antrags,
- das Datum der Beschlussfassung sowie
- den aktuellen Sachstand (bspw. "In Arbeit", "Erledigt") aufzuweisen.

Sofern die Beschlüsse nicht als erledigt betrachtet werden können, ist eine Erläuterung über den aktuellen Bearbeitungsstand abzugeben.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Manfred Schmitt weist die Antragsteller darauf hin, dass ein gemeinsamer Antrag auch von jedem Fraktionsvorsitzenden zu unterschreiben ist.

Des weiteren teilt er mit, dass zum gemeinsamen Antrag der SPD-, FWG- und FDP-Fraktion, Vorlage: 0202/S/12, der Antrag für die Ausschuss-Runde nicht fristgerecht eingegangen ist, jedoch fristgerecht für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

Er schlägt vor, den Antrag auf die nächste Sitzungsrunde zu verschieben, um die Möglichkeit zu schaffen, dass der Antrag in den Fachausschüssen beraten werden kann.

Er bittet darum, zukünftig zu prüfen, ob wegen der Dringlichkeit der Inhalte die Antragstellung immer noch unbedingt in der anstehenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung erfolgen muss oder ob es der Sache dienlicher wäre, die Anträge in der nächsten Sitzungsrunde auf die Tagesordnung zu nehmen.

### **ABSTIMMUNGSERGEBNIS über das Verschieben des Antrages in die nächste Sitzungsrunde: Zustimmung**

Ja-Stimmen : einstimmig  
Nein-Stimmen : -  
Enthaltung : -

## **16 Photovoltaik an Autobahn und Eisenbahn hier: Prüfantrag der SPD-Fraktion vom 13.08.2012 Vorlage: 0203/S/12**

Seitens der SPD-Fraktion wird folgender Antrag vorgelegt:

Die SPD-Fraktion bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Schöfferstadt Gernsheim beauftragt den Magistrat, zu prüfen, ob die Erstellung eines Realisierungs- und Umsetzungskonzeptes „Photovoltaikanlagen an Autobahnen und Eisenbahnlinien“ einen eigenständigen Beitrag zur von der Bundesregierung beschlossenen Energiewende liefern kann. Dabei sollen folgende Punkte berücksichtigt werden:

- Autobahngemarkung Gernsheim an der A 67
- Eisenbahngemarkung Gernsheim an der Streckenlinie Frankfurt—Mannheim
- Interessensabfrage bei den Nachbarkommunen Stockstadt, Biebesheim, Pfungstadt, Alsbach-Hähnlein und Groß-Rohrheim

Gegenstand des Prüfergebnisses soll weiterhin sein:

- Kontaktgespräche mit JUWi-Solar (Wörrstadt) — Referenzprojekt A 81 (Tauberbischofsheim)
- Realisierbarkeit eines Bürgergenossenschaftsmodells

Im Rahmen der oben genannten Prüfmaßnahme ist auf die Belange der Landwirtschaft ein besonderes Augenmerk zu richten.

Im Rahmen der Aussprache teilt Herr Stadtverordnetenvorsteher Manfred Schmitt mit, dass der Antrag für die Ausschuss-Runde nicht fristgerecht eingegangen ist, jedoch fristgerecht für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

Er schlägt vor, den Antrag auf die nächste Sitzungsrunde zu verschieben, um die Möglichkeit zu schaffen, dass der Antrag in den Fachausschüssen beraten werden kann.

Er bittet darum, zukünftig zu prüfen, ob wegen der Dringlichkeit der Inhalte die Antragstellung immer noch unbedingt in der anstehenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung erfolgen muss oder ob es der Sache dienlicher wäre, die Anträge in der nächsten Sitzungsrunde auf die Tagesordnung zu nehmen.

### **ABSTIMMUNGSERGEBNIS über das Verschieben des Antrages auf die nächste Sitzungsrunde: Zustimmung**

Ja-Stimmen : einstimmig  
Nein-Stimmen : -  
Enthaltung : -

## **17 Anfragen**

Seitens der SPD-Fraktion wird folgende Anfrage vorgelegt:

### **Vorbemerkung**

Am 27.06.2012 wurde von einem Bürger der Stadt Gernsheim eine E-Mail an die Stadtverwaltung sowie, unter anderem, dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion zur Kenntnis zugeschickt. Der besagte Bürger schilderte den von ihm beobachteten Fall, dass er zwei städtische Mitarbeiter (eine Dame, ein Herr) dabei beobachtet habe, „wie sie mit einem Traktor großflächig auf dem [nahe gelegenen] Spielplatz eine Flüssigkeit versprüht“ hätten. Auf Nachfrage wurde dies, laut der E-Mail des Bürgers, von den handelnden Personen allgemein als „Unkrautvernichtungsmittel“ bezeichnet.

Anknüpfend an diesen Fall bittet die SPD-Fraktion um Antwort auf folgende Fragen:

1. Welche Auswirkungen haben die Lagen der Kinderspielplätze in der Gernsheimer Gemarkung auf die Flora des jeweiligen Kinderspielplatzes (bspw. Übergreifen der Blüten auf dem angrenzenden Feld auf das Spielplatzgelände)?
2. Welche Materialien wurden für die jeweiligen Spielgeräte, welche für die Bodenbeläge verwendet? Welcher Behandlung bedürfen die verwendeten Materialien, um deren Bestand zu gewährleisten?

3. Inwiefern erfolgt die Wartung der Kinderspielplätze in einem regelmäßigen Turnus? Welche Tätigkeiten werden bei der Wartung verrichtet? Wer vollzieht diese Tätigkeiten? Welche Löhne werden hier gezahlt?
4. Welche Mittel werden gegen mögliches Unkraut oder andere, ungewünschte Pflanzenarten auf den Kinderspielplätzen eingesetzt (bitte Hersteller, Typnummer und Inhaltsstoffe auflisten)? Inwiefern sind die eingesetzten Mittel gesundheitsschädlich für Mensch und Tier? Inwiefern liegen der Stadt Gernsheim entsprechende Bescheinigungen der Unbedenklichkeit vor und welche sind dies?
5. Welche Maßnahmen gedenkt der Magistrat einzuleiten, um die hiesigen Bürgerinnen und Bürger über die möglicherweise eingesetzten Pestizide auf Spielplätzen zu informieren?

## **Antwort**

Zur Anfrage der SPD Fraktion wegen  
„Einsatz von Unkrautvernichtungsmittel auf Kinderspielplätzen“

zu 1.:

Die Spielplätze sind in der Regel in der bebauten Ortslage, so dass von angrenzender Feldern keine über den üblichen Samenflug hinausgehende Belastung zu erwarten ist. Der Spielplatz Rheinpark bildet hierbei eine Ausnahme. Auch von dort wird keine überhöhte Belastung von Wildkräutern gemeldet.

zu 2.:

Die Spielgeräte sind in der Regel aus Kesseldruck imprägniertem Stammholz. Ausnahmen bilden Spielgeräte aus Kunststoff und Edelstahl. Die Geräte sind weitgehend wartungsfrei. Notwendige Reparaturen werden eher durch Vandalismus verursacht als durch erforderliche Wartungsintervalle. Die Untergründe sind entsprechend der DIN 1176 ab einer Fallhöhe von 50 cm Stoß dämpfend ausgeführt. In aller Regel wird bei uns Sand mit einer Mindeststärke von 20cm eingebaut. In einigen Bereichen sind auch Fallschutzplatten vorhanden. Durch die Überlappung und großzügige Auslegung der Sicherheitsbereiche ist auch zwischen den Spielgeräten der Sand anzutreffen.

zu 3.:

Rechtsgrundlage für die Überprüfung und Einhaltung der Verkehrssicherungspflicht ist § 823 BGB. Zur Verkehrssicherungspflicht gehört die Spielplatzkontrolle unterteilt in die Visuelle Inspektion: In der Regel 14tägig durch einen geschulten Mitarbeiter vom Bauhof, der die Betriebssicherheit überprüft und Gefahrstellen sofort beseitigt. Operative Inspektion: Alle 3 Monate erfolgt die detaillierte Inspektion und Überprüfung der Betriebssicherheit der Spielgeräte unter Beachtung der DIN durch einen geschulten Mitarbeiter des Bauhofes. Die jährliche Hauptinspektion: erfolgt ein mal im Jahr durch einen externen Prüfer. In Gernsheim durch die Firma Spielplatzmobil GmbH der TÜV Rheinland Group. Die diesjährige Überprüfung fand am 09.05.2012 statt. Anschließend wurde der

Stadt Gernsheim bescheinigt, dass die Spielplätze Vorzeigecharakter haben und dass dieses auf eine funktioniertes Sicherheitsmanagement hindeutet. Die Bezahlung der Mitarbeiter für die Spielplatzkontrolle erfolgt entsprechend den Bauhofmitarbeitern unter Beachtung des Tarifvertrages im öffentlichen Dienst. (TVÜD).

zu 4.:

Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln erfolgte nur auf den Wegen und nicht im möglichen Spielbereich. Es handelt sich um das frei verkäufliche Mittel Roundup Ultra der Fa. Monsanto Europe S.A. Das Datenblatt und die Gebrauchsanweisung ist vorhanden -2- und entsprechend dieser wird das Mittel eingesetzt. Hauptbestandteil ist das Isopropylaminsalz von Glyphosat. Wie bereits erwähnt, liegen der Stadt Gernsheim das Sicherheitsdatenblatt mit allen möglichen Gefahren vor. Für die Umwelt sind bei Beachtung der Gebrauchsanweisung keine bedeutenden negativen Auswirkungen zu erwarten. Die städtischen Mitarbeiter sind mit dem Umgang von Pflanzenschutzmittel ausgebildet.

zu 5.:

Herr Bürgermeister Burger sagt zu, in Zukunft auf Spielplätzen keine Unkrautvernichtungsmittel mehr einzusetzen.

Herr Deboy fragt an, ob den Fraktionen die Beantwortung der Anfrage schriftlich zur Verfügung gestellt bekommen können.

Herr Bürgermeister Burger sagt dies zu.

## **18 Vergabe der Stromkonzession im Bereich der Schöfferstadt Gernsheim Vorlage: 0190/S/12**

Im Rahmen der Aussprache teilt Herr Weckerle (GuD) mit, dass es schade findet, dass es bei der Auswahl des Stromanbieters aufgrund der Festlegungen der Bewertungsmatrix keine Alternativen gab. Er teilt weiterhin mit, dass sich die Fraktion GuD bei der Abstimmung enthalten wird.

### **BESCHLUSS:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Stromkonzession im Bereich der Schöfferstadt Gernsheim ab 01.01.2013 an

HEAG Südhessische Energie AG (HSE), Darmstadt,

zu vergeben.

### **ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung**

Ja-Stimmen : 24 (13 CDU, 5 Bündnis 90/Die Grünen, 3 SPD, 1 FWG, 1 FDP,  
1 Fraktionslos)  
Nein-Stimmen : -  
Enthaltung : 4 (GuD)

Gelesen, genehmigt und unterschrieben

Stadtverordnetenvorsteher

Für die CDU-Fraktion

Für die SPD-Fraktion

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Für die Fraktion GuD

Für die FWG-Fraktion

Für die FDP

Schiffführerin